

Absage an „Sozialistische Stadt“ à la Linkspartei



Am Ende war das Ergebnis deutlich. 137 von 234 Delegierte auf dem Landesparteitag der SPD am 26. Oktober 2019 stimmten für einen Antrag, der sich gegen die Vergesellschaftung von Wohneigentum ausspricht. 97 Stimmen erhielt der Gegenantrag, der die SPD verpflichtet hätte, mit ihren Koalitionspartnern Die Linke und Bündnis 90/Die Grünen an die Initiative „Deutsche Wohnen & Co.“ heranzutreten, „um die gesetzliche Ausgestaltung“ eines entsprechenden Vergesellschaftungs-Gesetzes vorzubereiten. 58,55 zu 41,45 Prozent ist eine klare Absage an die Post-Sozialisten in unserer Stadt.

Nach der mehrstündigen Aussprache zu beiden Anträgen konnte dieses Ergebnis nicht unbedingt erwartet werden. Der Applaus schien etwa gleich auf beide Lager verteilt zu sein, wobei der Landesvorsitzende **Michael Müller** mit seiner Position gegen Vergesellschaftung den meisten Beifall bekam. Als taktisch klug erwies sich der Vorschlag, über beide Anträge geheim abzustimmen. In den Reihen der Delegierten gibt es natürlich einen gewissen Gruppendruck. Wenn ein Kreisvorstand eine Richtung vorgibt, traut sich kaum ein Delegierter dagegen zu stimmen. Bei einer geheimen Wahl kann man allein seinem Gewissen folgen ohne dass jemand versucht, einen zur Raison zu bringen.

In zwei Wortbeiträgen zeigte Michael Müller auf, welche Folgen ein Vergesellschaftungsgesetz haben könnte, unabhängig von allen unabwägbaren Kosten, die es verursachen würde. Mit Blick auf die Pressebank im Hotel Intercontinental forderte Müller seine Genossinnen und Genossen auf, einen Blick auf die Medienwelt zu werfen, die anders aussehe als die der Partei. Bundesweite Schlagzeilen, sicherlich keine positiven, wären der Berliner SPD gewiss gewesen. Müllers mahnende Worte hatten Erfolg. Der Parteitag wäre nach der Abstimmung vermutlich anders weiterverlaufen, wenn die Vergesellschafteter gewonnen hätten. So hat Müller die Partei letztlich vor einem großen Fehler bewahrt.

Typisch Tagesspiegel titelt dieser „Chef ohne Zukunft“, obwohl sich Müller auch beim Thema Verbeamtung der Lehrer durchgesetzt hat. Wobei das ziemlich unwichtig ist, weil es in dieser Legislaturperiode keine Verbeamtung gegen den Willen von Linken und Grünen geben wird.

Anstatt Müller den Erfolg vom 26. Oktober einfach mal zu gönnen, leitet der Tagesspiegel die Feierlichkeiten zum Abgang des Berliner SPD-Vorsitzenden ein. Müller ist mit einer Unterbrechung von vier Jahren seit elf Jahren im Amt und hat sich nach der Abwahl durch den Linken Flügel 2012 (Jan Stöß) im Jahre 2016 den Vorsitz zurückgeholt. Nur Franz Neumann (1946-1958) war länger Berliner SPD-Chef als Müller. Ob Michael Müller im Mai 2020 erneut für den Vorsitz kandidieren wird, weiß nur er. Und nur er allein wird diese Entscheidung treffen und verkünden. Sicher ist, dass es auch in Berlin eine Doppelspitze Mann/Frau ab 2020 geben wird.

Die Chefredakteurin der Berliner Morgenpost, **Christine Richter**, schreibt, dass die „Vernünftigen in der Berliner SPD gesiegt“ hätten. Den Sozialismusfantasien der Linken und Grünen hängen aber immerhin knapp 42 Prozent der SPD-Delegierten an. Das böse Wort von der Spaltung kann man getrost in der Schublade lassen, denn die gesamte Gesellschaft besteht aus zwei großen Lagern mit vielen kleinen Untergliederungen. Das macht halt eine Demokratie aus, dass es nicht nur eine Meinung gibt.

Der Tagesspiegel berichtete in eine Liveblog vom Parteitag. Wichtigster Satz nach der Debatte: Michael Müller isst jetzt erst einmal eine Stulle und sieht dabei nicht glücklich aus. Das nennt man Qualitätsjournalismus wie man ihn vom Tagesspiegel gewohnt ist.

Kurz nach 18 Uhr gab es eine kleine Unterbrechung des Parteitages wegen einer Live-Schalte ins Willy-Brandt-Haus. Das Duo Geywitz/Scholz hat mit 22,68 % die erste Runde knapp vor Esken/Walter-Borjans 21,04% gewonnen. Beide Teams gehen damit in die Stichwahl. 53,28% der 425.630 SPD Mitglieder haben sich an dem Entscheid zur Wahl der neuen Vorsitzenden beteiligt. Die Bild-Zeitung titelte heute: „Wehe, wenn Scholz nicht gewinnt!“ Runde Eins ging an Scholz. Wenn man es gut meint mit der SPD kann man nur hoffen: Wehe, wenn Scholz die zweite Runde gewinnt.

Die anderen Berliner Parteien haben sich zur Absage an eine Vergesellschaftung von Wohneigentum durch die SPD noch nicht geäußert. Vor allem die Linke muss sich mit der Umsetzung ihres Modells der sozialistischen Stadt von gestern noch gedulden.

Ed Koch